

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

„Stahlhelm“-Diktatur.

Anfragen an v. Seeckt und Stresemann.

Aus der Zeit des Hitler-Bußfusses, da jeder dritte Mann einen Diktaturplan in der Tasche trug, veröffentlicht heute der „Montag-Morgen“ einige Geheimdokumente, die auf merkwürdige Zusammenhänge zwischen der Reichswehrleitung und den reaktionären Stahlhelm-Bund einiges Licht werfen. Verfasser des „Rundschreibens“ und des Entwurfs der Diktaturverfassung nebst Anmerkungen ist der Kaufmann Seidte in Magdeburg, der Gründer und Vorsitzende des Stahlhelm-Bundes. Wir lassen hier die Dokumente in ihrem veröffentlichten Wortlaut folgen:

An alle Gauführer!

Magdeburg, den 11. November 1923.

Vertraulich!

Kurzer Lagebericht.

Am Sonntag, den 4. d. Mts., tagte die Bundesleitung in Magdeburg zur Besprechung der Lage. Das Ergebnis wurde in ultimativer Form als Rundschreiben dem Reichskanzler Dr. Stresemann überreicht sowie der Presse übergeben. Die Entscheidung hat in der Presse und in der Öffentlichkeit lebhafteste Besprechungen hervorgerufen, zum größten Teil sehr anerkennend, von gewisser halbhoher Seite erbittert, mit dem Versuch niederkureihen, von sozialdemokratischer Seite frogend, was der Stahlhelm mit der Forderung der

nationalen Diktatur

beabsichtige.

Die gedragte Stellungnahme ist aus folgendem kurzen Entschluß zu ersehen, sowie aus der Mitteilung, daß der Bundesvorsitzende seit der Zeit vom 3. d. Mts. bis heute dreimal nach Berlin zum Reichskanzler gerufen wurde. Der Unterzeichner hat dem Reichskanzler, der Reichsregierung und dem Oberbefehlshaber in klaren Worten die Stellung und Forderung des Stahlhelms überreicht. Er gewann jedoch den Eindruck, daß der jetzige Reichskanzler (Dr. Stresemann! Red. d. „Vorw.“) nicht der Mann ist, um die nötige Entschlossenheit zur Führung sowohl der nationalen Diktatur als auch der Reichsregierung und letzten Endes von Preußen aufzubringen. Vor Forderungen wie Reichshaushaltsplan des Reichstags, Ausbaten der Sozialdemokratie in der preussischen Regierung, rückwärtslose Einführung und schnellste Erreichung der merkbaren Zahlung und der Ernährungsfrage wird der Kanzler zurück.

Infolgedessen trug der Unterzeichner dem Oberbefehlshaber die Entschlossenheit und die Stellungnahme des Stahlhelms vor. Die durch den Bußfuß Bundesoffizier gebrachte Spannung der Lage ergab, daß der Bundesvorsitzende den Gaugruppen übermittelte, daß der Bundesführer in diktatorischer Weise sein jetzt ab handeln muß. Gleichzeitig ergibt die Lage, daß die gesamte Stellung des Stahlhelms auf eine präzise Formel gebracht werden muß. Sie lautet:

„Der Stahlhelm steht zur Reichswehr!“

Von Berlin nach dreimaligem Besuch und umfangreicher Arbeit in den verschiedenen Ministerien zurück, traf den Unterzeichner der persönliche Besuch des Führers des Jungdeutschen Ordens, des Herrn Ulrich Marauhn. Der Jungdeutsche Orden, eine der stärksten norddeutschen Korporationen, zählt etwa 6000 Ortsgruppen. Die ideale Einstellung des Jungdeutschen Ordens ist verwandt. Der Großmeister Marauhn legte seinen ganzen Nachdruck auf die Vorbereitung des Siedlungswertes und Erschließung von Ostland, in der idealen Erziehung der deutschen Männer und männlichen Jugend und der

Unterstützung der Reichswehr durch wehrhafte Männer.

Der Bundesvorsitzende des Stahlhelms nahm nach sorgfältiger Besprechung des Angebot des Jungdeutschen Ordens, was den beistehenden Wortlaut hat. Der Stahlhelm erfährt durch das Bündnis mit dem Jungdeutschen, das jedem Bunde seine Eigenart läßt, eine Stärkung in der heutigen Zeit. Die Gau- und Ortsgruppenführer haben daher Sorge zu tragen, daß das Einvernehmen mit dem Jungdeutschen unter Bezugnahme auf dieses Bündnis das denkbar beste ist und der eine Bund den anderen kameradschaftlich und brüderlich unterstützt. Gleichzeitige werden die Gau- und Ortsgruppen, mit welchen anderen Verbänden oder Bänden nähere Beziehungen bzw. Beratungen auf gegenseitige Hilfeleistungen bestehen.

Der Bundesvorsitzende wird morgen nochmals nach Berlin fahren um mit den dortigen maßgebenden Stellen zwecks Klärung der Lage zu sprechen und in ultimativer Form die Errichtung der nationalen Diktatur weiter zu fordern.

Der Gesamtzustand der künftigen Ereignisse ist angesichts der verschiedenen Strömungen in der Regierung noch nicht auf Zeiten festzulegen. Es muß aber heute schon gesagt werden, daß es eine andere Lösung als die mögliche schnelle Errichtung einer nationalen Diktatur heute nicht mehr gibt.

Mit kameradschaftlichem Gruß

gez. Fr. Seidte, 1. Bundesvorsitzender.

Entwurf.

Ohne juristische Abfassung.

1. Der Herr Reichspräsident hat mich angesichts der Möglichkeit weiterer Umsturzversuche und ernstlich der drohenden Hungersnot zum Reichswehrminister mit diktatorischer Gewalt für begrenzte Zeit ernannt.
2. Ich bilde ein Direktorium. Ich ernenne die Herren: Rabeitzge zum Wirtschaftsminister, Graf Ranich zum Ernährungsminister, Dr. Stresemann zum Außenminister. Sie üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Die Aufgaben der Reichsminister übernehmen Staatssekretäre.
3. Der Reichstag wird aufgelöst.
4. Die Schutzpolizei tritt unter meinem Befehl. Sie wird vergrößert.
5. Die Schutzpolizei tritt unter meinem Befehl. Sie wird vergrößert.
6. Streiks sind bis auf weiteres verboten. Die Polizei wird bis auf weiteres beschleunigt.
7. Es werden mit sofortiger Wirkung Standgerichte eingesetzt mit Befugnis der Todesstrafe für Verbrechen und Sabotage gegen den Reichswehrminister, Streikbrecher, Plünderer, Wucher, Zurückhaltung von Nahrungsmitteln, Ausbeute von Nahrungsmitteln.

Bemerkungen:

Zu 1. Mit Rücksicht auf Frankreich und auf die Sozialisten ist der Vorschlag „weitere Umsturzversuche“ und „Hungersnot“ gewählt. Ebenso der Vorschlag „begrenzte Zeit“.

Zu 2. Wird der Reichstag nur in die Ferien geschickt, so sitzen die Abgeordneten nach wie vor in den Vorzimmern des Direktoriums.

Zu 3. Eine Verklärung der Reichswehr aus außenpolitischen Gründen unmöglich. Reichswehr braucht jedoch eine feste Macht. Daher Verklärung der Schutzpolizei, die unter den Befehl von Reichswehrministern tritt.

Zu 4. Streiks muß eventuell durch Erschließung jedes Zehnten entgegengesetzt werden, insbesondere dem der Banknotendrucker.

Zu 5. Im augenblicklichen Stadium, d. h. solange bis die Maßnahmen des Ernährungsministers und des Wirtschaftsministers, die nicht zaubern können, sich ausgewirkt haben, muß Terror an die Stelle von Besserung der Lage treten. Daher ist jede Auslieferung gegen den Reichswehrminister mit dem Tode zu bestrafen. Das Aufhängen von vier Wuchern auf dem Potsdamer Platz und von vier Streikbrechern am Neuen Tor, die Erschießung von drei Landwirten, die ihr Getreide zurückhalten, ist der Schreckhaß, den bisher noch niemand gewagt hat und der notwendig ist. Wer dafür kein Verständnis hat, kann heute die Lage nicht meistern!

Funktionsan alle!

Deutschland stellt alle Zahlungen und Schieferungen bis auf weiteres an die Entente wegen drohender Hungersnot ein. Komme was da kommen mag.

v. Seeckt, Rabeitzge, Graf Ranich, Stresemann.

Nachbemerkungen:

Der Reichswehrminister ist der Aufputscher, Vorkämpfer, und das Schwert der drei Direktoren, ist das stahlharte Rückgrat, ist der, der Erschießen läßt, wozu die anderen nicht den Mut ausbringen.

Die Hereinahme von Stresemann erscheint notwendig a) damit noch außen keine Veränderung im außenpolitischen Kurs eintritt, Frankreich nicht einmarschiert, b) ein Wagnis zur Abwicklung des Parlamentarismus mit Erfahrung da ist.

Aus diesem Rundschreiben und diesen Entwürfen ergeben sich die Fragen an Dr. Stresemann und an den General v. Seeckt:

Ist es wahr, daß Seidte mehrfach mit ihnen über diese Dinge verhandelt hat?

Wenn ja: Warum haben Sie den offenen Versuch zur Amtsniedrigung und zur Verleitung zum Verbrechen des Hochverrats nicht sofort mit der Verhaftung Seidtes beantwortet?

Waren Sie sich über die Bedeutung der unverhältnismäßigen hinzuziehen sollen. Oder billigen Sie es, daß der Stahlhelm-Bund sich „an die Seite der Reichswehr“ stellt, mit Rücksicht auf Franzosen und Sozialisten aber so tut, als ob alles seinen legalen Weg ginge?

Nachdem nun die Dokumente bekanntgemacht sind, nachdem Seidte als zweiter Hitler entlarvt ist, ergibt sich die weitere Frage: Wird der Oberreichsanwalt gegen alle diese „Diktatoren“ endlich den § 81 in Verbindung mit § 83 des Strafgesetzbuches zur Anwendung bringen?

Oder soll das Gesetz nur gegen diejenigen gelten, die auf gefehlwidrige Bildung bewaffneter Banden und ihren Waffenbesitz hinweisen? Soll der Hochverrat strafflos bleiben und nur noch „Landesverrat“ prozessiert werden?

Verteidigungsreden im Hitlerprozess.

BS. München, den 24. März 1924.

Nachdem heute morgen die Verhandlung wieder aufgenommen worden war, beurlaubte das Gericht zunächst den Angeklagten Brüdnner, der erkrankt ist.

Dann nahm R. A. Meyer, Würzburg, der zweite Verteidiger des Angeklagten Dr. Weber das Wort und beleuchtete die juristische Seite der Anklage gegen den Oberlandführer. Er legte zunächst die Rechtsgültigkeit der Weimarer Verfassung und wendete sich grundsätzlich gegen die vom Ersten Staatsanwalt aufgestellte Theorie von der „gelungenen Revolution“. Die Revolution 1918 sei Recht und Hochverrat gewesen. Darauf könne kein neues Reich gründen. R. A. Meyer untersuchte dann die Frage der Volkssouveränität und erklärte, daß Deutschland die Idee der Volkssouveränität als in einem überwiegend christlichen Staat nicht anerkennen werden könne. Ein Rechtsbruch war die Schaffung des Republikgesetzes und die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten. Die Angeklagten wollten den Rechtszustand der Vergangenheit mit dem der Gegenwart verknüpfen, um einen dauernden Rechtsfrieden zu erzielen. Eine Diktatur der Weimarer Verfassung durch Bayern bestand zur Zeit der Tat der Angeklagten nicht mehr. Ich verweise auf die Inpflichtnahme der bayerischen Truppen. Man ließ das Reichswehrministerium weiter Kommandos geben, die ungefährlich waren, da man selbst die Befehlsgewalt hatte. Man erkannte den Staatsgerichtshof nicht an. Eine Verfassung, die Bayern nicht anerkennt, kann für Bayern keine „Reichsverfassung“ sein und folglich kann der Staat auch jemand nicht verfolgen, der gegen die Bayern nicht anerkannte Reichsverfassung verstoßt. Die Angeklagten haben die Diktatur gemollt, die ja kein staatsrechtlicher Begriff ist. Sie wollten ein Direktorium — die beiden Begriffe deuten sich hier — und dieses Direktorium ist in Strafen von anderer Seite auf Grund des Artikels 48 auch angeordnet worden.

Nachdem nun unumschränkter Diktator in Bayern. Er hätte mehrfach geduldet, er lasse sich nicht täuschen, und das Gesamtministerium, der Landtag waren nicht mehr die Träger der Souveränität, und die politischen Maßnahmen der Angeklagten richteten sich nicht gegen den Inhaber der legitimen Gewalt in Bayern, sondern gegen Berlin. Rechtsanw. Meyer forderte dann die Freisprechung der Angeklagten.

Der Strick um den Hals.

Die Bindungen der KPD-Kandidaten.

Die Rebellionen der Vernunft gegen den Moskauer Katechismus bilden von seiner Gründung an den Hauptinhalt der inneren Parteigeschichte des deutschen Kommunismus. Diesen Rebellionen folgen prompt die Strafexpeditionen, bei denen ganze Führergarnituren abgefäht werden. „Thalheimer und Brandler sind erledigt“, konnte jüngst Werner Schölem auf einer Berliner Funktionärskonferenz erklären. Nur wer sich löblich unterwirft, wie Koenen, hat Aussicht, noch eine Weile gebuddelt zu werden, aber er bleibt unter strengster Aufsicht der Tscheka, der Parteipolizei, und wehe ihm, wenn er gegen den Stachel löst.

Aus dem Mißtrauen der Führer gegeneinander ist auch eine Erklärung geboren, die von der Parteizentrale ausgearbeitet ist und die jeder unterzeichnen muß, der als Kandidat für den neuen Reichstag aufgestellt werden will. Diese Erklärung stellt einen Versuch dar, die künftigen kommunistischen Abgeordneten jeder Freiheit des Denkens und Handelns zu berauben und sie zu willenlosen Werkzeugen der Moskauer Exekutive zu machen.

Die Erklärung beginnt, wie üblich, mit einer länglichen theoretischen Einleitung, die in ihrem Kern folgendes besagt:

Die kommunistische Partei bezieht sich an den Wahlen nur zu Agitationszwecken. Die kommunistischen Abgeordneten benutzen das Parlament nur zur Agitation ihrer grundsätzlichen Gegner, die bürgerliche Gesellschaftsordnung und verpöhlten sich, die „Demokratie“, als die raffinierteste Form der Diktatur der Bourgeoisie zu entlarven.

Den kommunistischen Abgeordneten wird damit verboten, in der gesetzgebenden Körperschaft der Deutschen Republik Arbeiterinteressen in sachlicher Weise wahrzunehmen. Man weiß wahrhaftig nicht, worüber man mehr staunen soll: über die Selbsterniedrigung der Kandidaten, die sich diesem vernunftwidrigen Verbot unterwerfen, oder über die geistige Verwirrung von Wählern, die nach einer so aufrichtigen Ankündigung dennoch bereit sind, den Kommunisten ihre Stimmen zu geben. Kommunistisch wählen heißt auf die sachliche Vertretung von Arbeiterinteressen verzichten. Das verdient festgehalten zu werden.

Die Erklärung, die, wie gesagt, jeder kommunistische Kandidat vor seiner Aufstellung unterzeichnen muß, führt dann weiter fort:

Infolge dieser grundsätzlichen Einstellung zum Parlament gibt es für den kommunistischen Abgeordneten kein Schweigegebot und keine sogenannten „diplomatischen Amtsgeheimnisse“ für Kenntnisse, die er als Abgeordneter in Parliamentsausschüssen, in Kommissionen erlangt. Der kommunistische Abgeordnete hat vielmehr den Schwund der „Geheimnisse“ und den Fetischcharakter des bürgerlichen Parlaments rückwärtslos zu entlarven. Der kommunistische Abgeordnete verpflichtet sich, seine Kenntnisse und Erfahrungen, sein Wissen, das er in Verbindung oder bei Ausübung seines Abgeordnetenmandats erlangt, mit allen Konsequenzen in den Dienst des revolutionären Klassenkampfes zu stellen und mit seiner ganzen Arbeitskraft, mit Aufopferung und Hingabe seiner Person, zeitlos dem kämpfenden Proletariat zu dienen.

Die selbstverständliche Folge dieser Erklärung muß sein, daß kommunistische Abgeordnete zu vertraulichen Beratungen nicht mehr hinzugezogen werden können — es sei denn, sie würden eine neue Erklärung abgeben, durch die die erste annulliert und die Pflicht aller anstehenden Menschen anerkannt wird, das, was einem im Vertrauen mitgeteilt wird, auch als vertraulich zu behandeln. Man kann sich von vertraulichen Beratungen fernhalten, wenn man sie für zwecklos oder für schädlich hält, aber an ihnen teilnehmen, um dann verraten, was in ihnen vorgegangen ist, das tut nur der, dessen Moralbegriffe in Verwirrung geraten sind.

Die Erklärung sagt dann weiter:

Ausgehend von diesen Grundätzen erklärt der Unterzeichnete, daß er als Kandidat und Abgeordneter für das Parlament lediglich Beauftragter der kommunistischen Partei Deutschlands ist und nicht ein sogenannter „freier Erwählter des Volkes, der nur seinem Gewissen verantwortlich sei“. Der Unterzeichnete erklärt sich bereit, daß er alle Beschlüsse der Parteizentrale der KPD. ausführt und sich in allen Handlungen und seiner Betätigung diesen Beschlüssen unterordnet.

Hier merkt man am schlechten Deutsch den exotischen Ursprung. „Der Unterzeichnete erklärt sich bereit, daß er usw.“ ist nicht deutsch, sondern allenfalls russisch. Aber nicht nur die Sprache ist schlecht, auch der Gedankengang verrät eine niedrige Kulturstufe.

Keine Parlamentsfraktion, die auf Selbstachtung hält, wird sich den Befehlen einer über ihr stehenden Körperschaft unterwerfen. Das höchste an Unterwerfung, das man einem Abgeordneten zuzumuten kann, ist die Unterwerfung unter die Mehrheitsbeschlüsse der Fraktion, der er angehört und an deren Beschlußfassung er mitwirkt. Kann er das vor seinem Gewissen nicht verantworten, dann scheidet er aus der Fraktion aus.

Die kommunistische Methode erhebt das Bonzenium der Zentrale zur höchsten Potenz. Die Abgeordneten, die nach der Verfassung „nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden“ sind, werden zu willenlosen Kulis einer ihnen übergeordneten Instanz degradiert, ihre Fraktionsberatungen werden zur Farce herabgedrückt. Denn gegen den Fall, die Fraktion empfinde eines Tages eine Regung des eigenen Gewissens und beschlösse einstimmig, eine bestimmte Haltung einzunehmen, die sie im

Interesse der Arbeiterklasse für notwendig hält, so hätte sie — wenigstens theoretisch — nicht die Macht, das zu tun, was sie selber für richtig hält, sie müsste unter Umständen auf Moskauer Befehl das gerade Gegenteil davon tun.

Damit hat die KPD die Sprengpatrone in die eigene Organisation gelegt. Denn das Maß von Selbstwürdigkeit, das sie ihren künftigen Abgeordneten zumutet, ist einfach menschlich nicht mehr erträglich. Der Tag läßt sich mit mathematischer Gewißheit voraussehen, an dem die Fraktion der Zentrale etwas pfeifen wird.

Die Angst vor diesem Ereignis läßt auch die Zentrale in den Knochen. Darum verachtet sie, die Knebel ihrer Parlamentsklavon noch schärfer anzuziehen, in dem sie die Erklärung mit folgendem Passus schliefen läßt:

Insbesondere erklärt der Unterzeichnete sich bereit, sofort bei Aufforderung der Zentrale der KPD sein Mandat als Abgeordneter niederzulegen oder von der Kandidatur zurückzutreten, und jeden als Vertreter am Proletariat zu brandmarken und zu bekämpfen, der als kommunistischer Abgeordneter den Beschlüssen der Parteileitung nicht Folge leistet. Der Unterzeichnete erklärt, daß die Berufung auf die „Verantwortung vor den Wählern“ eine alberne demagogische Heuchelei und Lüge ist, daß ein solcher Verrat am Proletariat automatisch den Ausschluß aus der kommunistischen Partei zur Folge haben muß.

Gegenüber diesem Kadavergehorsam, den der kommunistische Parteivorstand von seinen Kreaturen fordert, ist der frühere königlich preussische eine Harmlosigkeit. Der Unterschied ist nur der, daß dem preussischen Militarismus vom gelinden Kasten angefangen bis zum Erschießenslassen allerhand Zwangsmittel zur Verfügung standen, während der kommunistische Parteivorstand mit nichts anderem drohen kann als mit dem Ausschluß aus der Partei. Dieser Ausschluß mag nun für manche eine Unannehmlichkeit und eine materielle Schädigung sein. Logisch denkende und moralisch gesunde vorantlante Menschen können sich freilich keine größere Ehre denken als die, aus so einer Partei ausgeschlossen zu werden. Und wieder läßt sich der Tag voraussehen, an dem so mancher kommunistische Abgeordneter, vor die Wahl zwischen seinem Mandat und der Parteizugehörigkeit gestellt, sich — für sein Mandat entscheiden wird.

Wie muß es in der KPD, mit der Heberzeugungstreue und der freiwilligen Disziplin der Mitglieder bestellt sein, wenn der Parteivorstand es für notwendig hält, den Kandidaten solche Erklärungen abzupressen und ein solches Schredensregiment anzuknüpfen? Ruth Fischer und Werner Scholem als Königin und König auf dem Parteithron, Fraktionen ihre Abstimmung vorschreibend, Abgeordnete ein- und abföndend — wahrhaftig, man könnte über eine solche Kasperkomödie lachen, wenn es nicht zum Heulen wäre, daß sich Arbeiter als geduldige Statisten für sie hergeben!

Begreift doch: Man kann die Arbeiterklasse nicht befreien, indem man sie zum Gespött ihrer Gegner macht! Was da gespielt wird, ist keine Diktatur des Proletariats, sondern die Despote des Hanswurst!

Wahlaufruf der Deutschnationalen.

Die Heuchelei in Reinkultur.

Die Deutschnationalen veröffentlichten seinen Wahlaufruf, Sie wollen die Freiheit, wie sie sie auffassen: Freiheit von Fremdherrschaft, von Marxismus und selbstverständlich vom Judentum!

Offen fordern sie die Wiedereinführung der Monarchie. Ein Volk, ein Reich, ein Kaiser! Von den über 100 Monarchen sollen sie nichts. Die sollen „ausgeschieden“ in der Bestenform verschwinden können.

Die völkische Konkurrenz glauben die Deutschnationalen besterpraktischer Prägung mit den Sagen abtun zu können. Kampf gegen die Herrschaft und den jetzigen Geist des Judentums auf allen Gebieten. Deutschnational „im heiligen Völkisch“ sein!

Weiter fordert der Aufruf: „Schutz der deutschen Landwirtschaft“ (lies: Großgrundbesitzer), Schutz dem Mittelstande,

Beseitigung der Beamten, denen nur die Paraskarte den Weg zur Beamtenlaufbahn erschloß! Also alle deutschnationalen Beamten müssen entsetzt werden.

Die Krone legt dem Ganzen ein Abfah auf, der sich mit der Arbeiterfrage beschäftigt:

Soziales Empfinden muß uns einen, das tägliche Leben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bederrischen, alle gesellschaftlichen Vorurteile und jeden Klassengeist überwinden. Der Arbeiter ist vollberechtigtes Mitglied der Gesellschaft. Die Leistung und der Wert der Persönlichkeit müssen in Staatsbürgerrechten und wirtschaftlichen Leben entscheiden. Die Fürsorge für die wirtschaftlich schwächeren Volksteile darf nicht verkümmern. Arbeitsrecht, Arbeiterschutz und soziale Versicherung sind einfach und wirksam zu gestalten.

Diese heuchlerischen Sätze stehen unmittelbar nach jenen, die die Beseitigung der „Eindringlinge“ aus der Beamtenlaufbahn fordern! Der Arbeiter soll „vollberechtigtes“ Mitglied der Gesellschaft sein, aber trotzdem ist er ein „Eindringling“ in andere Berufe!

Das heißt auf gut Deutsch, wie jener Bischof es formuliert: „Der Knecht ist, soll Knecht bleiben! Um das zu unterstreichen, fordert die Deutschnationalen Partei von den Arbeitern, daß sie „vermehrte Arbeitsleistung auf den Älter des Kapitals niederlegen!“

Für diese Ziele weht die Fahne „Schwarzweißrot“. Die wird damit feierlich zum Banner der Knechtung und der Ausbeutung erhoben!

Falsche Propheten.

Das Sprengpulver für den Landbund.

Die Völkischen der Graefe-Ludendorff-Richtung sind den Deutschnationalen des Besten-Herst-Prägung mehr als im Wege. Die „Deutsche Tageszeitung“ beschwert sich sehr darüber, daß die neuen „falschen Propheten“ den schönen „Landbund“ zu sprengen drohen. Dabei wird den Graefe-Leuten versichert:

Diese neuen Führer haben der völkischen Bewegung den parteivölkischen Stempel der Freidei-partei aufgedrückt und belagern durch die Zersplitterung, die sie in die völkischen Reihen tragen, praktisch die Geschäfte der jüdisch-demokratischen Seite.

Um das zu beweisen, zitiert die „Deutsche Tageszeitung“, was „Wulle“ einmal schrieb:

Überall gibt es Mißvergnügte, überall Eigenbedürftler, nicht zum wenigsten im völkischen Lager. Diese Mißvergnügten sind die Schädlinge schlechthin... auf die Dauer und Mißvergnügten dienen mit ihren Stänkereien nur den Plänen derer, denen die völkische Bewegung ein Dorn im Auge ist.

Wenn man daneben hält, daß in der „Wedenburger Partei“ dem Landbund vorgeworfen wird, er verziehe in erster Linie die Berufsinteressen seiner Mitglieder und dann erst die Angelegenheiten des Vaterlandes, so kann man den Zorn begreifen, den das Landbundorgan gegen die „falschen Propheten“ hegt. Aber für den Augenblick schauen die beiden aus wie: Gleiche Brüder, gleiche Kappen!

Reichskanzler Marx für die Republik.

Elberfeld, 25. März. (W.Z.) Reichskanzler Marx sprach heute hier in der Stadthalle in einer öffentlichen Versammlung, mit der die Zentrumspartei des Wahlkreises Düsseldorf-Ost, die den Reichskanzler an die Spitze der Kandidatenliste gestellt hat, die Wahlbewegung eröffnete. Der Reichskanzler warke zunächst vor den Folgen einer „ausgeschiedenen“ Partei, die jede Erfüllung verweigert. Der Sieger von Versailles ist im vollen Besiz seiner Macht. Rückstufung bis zum äußersten würde er sie anwenden und stets angewandt haben, falls mit größer Behel die Erfüllung der uns auferlegten Verpflichtungen abgelehnt hätte. Ich mehr schreie mir echt nationale Gesinnung zu sein, sich durch Übernahme schwerer und erdieser Pflichten im Dienste des Volksganzen auszuzeichnen, um Schwächeres von ihm fernzuhalten.

Nationale Politik ist unserer Heberzeugung nach auch die Entscheidung, die Einheit des Reiches zu wahren und zu sichern auf dem Boden der in Weimar beschlossenen Verfassung. Unrecht ist es, ihr die Kompetenz abzusprechen. Das deutsche Volk war kraft Naturrechts berechtigt, nach dem Urtum der gesamten Staatsordnung eine Verfassung zu wählen, die eine neue Verfassung beschließen sollte. In einwandfreier Form ist

die Verfassung zustande gekommen, die am 14. August 1919 in Kraft getreten ist. Von da ab hat das deutsche Reich eine neue Rechtsgrundlage gefunden, die nicht nur rechtsverbindlich für jeden Staatsbürger, sondern auch für jeden im Gewissen verpflichtend ist. Ein Verbrechen begeht, wer es unternimmt, gewalttätig oder widerrechtlich die Verfassung zu stürzen. Hochnota ist jeder Versuch, auf nicht geziemlichem Wege unsere verfassungsmäßig festgelegte Staatsform zu ändern. Wie wir im alten Reich der Staatsautorität mit ihrer monarchischen Spitze in Treue gedient haben, so dienen wir auch in gleicher Treue der deutschen Republik, mag mancher einer auch noch mit Behmut an das alte stolze Reich zurückdenken und der Meinung sein, die Monarchie sei für Deutschland besser und erstrebenswerter.

Der Kanzler schloß: Ueber lebenswichtige Fragen des deutschen Volkes wird der nächste Reichstag entscheiden müssen. Seine Zusammenkunft ist von ausschlaggebender Bedeutung. In der Hand der Wählerschaft liegt das Schicksal unseres Reichs. Wenn die radikalen Parteien von rechts oder von links eine starke Übermehrung ihrer Mitglieder erfahren, dann sind die Folgen unübersehbar. Für Herrn Poincaré wird es nichts Willkommeneres geben, als bei den französischen Wahlen auf eine starke Zunahme der deutschösterreichischen Abgeordneten im Reichstag hinwirken zu können. Handelte es sich nicht um das Leben unseres Volkes, dann wäre es interessant, den Herren Deutschösterreichern einmal für einige Zeit die Herrschaft zu überlassen. Die Entscheidung, die bevorsteht, ist aber zu ernst, um solche Versuche verantworten zu können. In das deutsche Volk kann nur die Aufforderung ergehen: Sorge dafür, daß der Radikalismus links und rechts nicht über Deutschlands Zukunft bestimme. Sorge dafür, daß ein arbeitsfähiger Reichstag zustande kommt, der nicht gewillt ist, das deutsche Volk in neue Abenteuer zu stürzen.

Stresemann gegen Knilling.

Darmstadt, 24. März. (W.Z.) Reichsminister Dr. Stresemann hielt auf einer Tagung der Deutschen Sozialpartei in der überfüllten Turnhalle am Woogplatz eine mit stürmischem Beifall ausgenommene Rede, in der er zunächst auf die Bedeutung der kommenden Wahlen für die weitere Entwicklung Deutschlands einging, die sie bei den großen weltgeschichtlichen Entscheidungen, vor denen wir anscheinend in diesem Jahr stehen, beeinflussen würden. Außenpolitisch sei unsere ganze Arbeit bisher eine Sühnaparade gewesen. Wenn einem Volk die Gewalt der Waffen nicht zur Verfügung stehe, müsse man auch den Mut haben, die Konsequenzen daraus zu ziehen, wenn dies zunächst auch unpopulär sei. Der Versailler Vertrag sei in vielen Beziehungen, z. B. in den Forderungen des letzten Ultimatums, undurchführbar, aber er warne davor, zu glauben, daß man eine Veränderung der Verhältnisse durch die Zerstückelung des Vertrages erzielen könne. Wenn er gegen die Rechtswidrigkeiten des Versailler Vertrages protestieren wolle, dann müsse er sich auf den Boden des Vertrages stellen.

Stresemann wandte sich dann gegen die letzte Rede des bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling. Wenn die bayerische Regierung den Wunsch gehabt habe, sich über die Außenpolitik zu orientieren oder sie zu beeinflussen, z. B. in der Kriegsschuldfrage, so wäre es ihre Pflicht und Schuldigkeit gewesen, diese Dinge im auswärtigen Ausschuss des Reichsrates vorzubringen, wo sie besser hinhöhen als in eine Volkerversammlung. Zudem sei es unrichtig, daß die deutsche Politik in der Kriegsschuldfrage verhaftet bleibe. Wiederholt habe er selbst die Lüge von der deutschen Kriegsschuld zurückgewiesen und die Aufklärungsarbeiten der Regierung und privater Organisationen seien nicht ohne Wirkung geblieben. Der Erfolg der Arbeit des Auswärtigen Amtes habe sich in der seit 1919 veränderten geistigen Einstellung vieler Völkern gezeigt. Wenn man die Dinge geschichtlich betrachte, so werde man zu dem Ergebnis kommen, daß noch selten eine härtere Umstellung der Welt eingetreten sei. Diese Umstellung habe sich auch in den Verhandlungen der Sachverständigenausschüsse gezeigt. Der Minister wandte sich gegen den Vorwurf, daß er seine Politik auf eine alleinige Verständigung mit Frankreich eingestellt habe. Heißt es, den Fäden mit England abzuschneiden, wenn Deutschland zum ersten Male eine Anleihe von der Bank von England befinde?

Die Teuerfelder für den verstorbenen tschechoslowakischen Gesandten Lutzar wird am Dienstagmittag 5 Uhr im Hause der Gesandtschaft stattfinden. Der Beisatz des Gesandten wird nach Prag übergeführt und auf Staatskosten befristet werden. Reichspräsident Ebert, der Reichskanzler, und der Reichsaussenminister haben Beileidkundgebungen an die Witwe des Verstorbenen Lutzar gerichtet.

„Et schimmelt immer wieder runter“.

Von Hans Wessmann.

Am Berliner Zeughaus ist eine Ruhmeshalle, also wo man an Tagen mit freiem Eintritt immer Schulklassen und andere Erziehungsbedürftige sehen kann, die hier deutschnationalen Anschauungsunterricht genießen. Da ragen die ehernen Lohndankstatuen der Könige, die Bruhen groß gemacht haben, und an den Wänden kann man in isolierten Gemälden historische Augenblicke miterleben.

Aber der Zahn der Zeit, der schon so manche Träne getrunken hat, verriecht auch hier sein verderbliches Werk. Und so blättert langsam und respektlos die Farbe gerade von dem schönsten Gemälde, das die Kaiserkrönung in Versailles darstellt, und alle die Fürsten, Generäle und allerhöchsten Herrschaften haben plötzlich Löcher im Bauch, die sie transparent und topflos machen und somit gegen jede Tradition verstoßen.

Deshalb hat man auch schleunigst ein Gerüst davor gebaut, und zwei weitere Männer pinxten eifrig darauf los und stellen die alte Reichsherrschaft wieder her, ohne dafür extra eine nationale Diktatur zu benötigen.

Und so erblicken unter ihren lundigen und liebevollen Händen bald wieder Epauketten, Säbel, Orden und Ehrenzeichen in aller flehgewohnter Heldentätigkeit, die selbst des ehernen Kanzlers Glanz in dämonischem Glanze neu erstahlen läßt.

Nur der prachtvolle einzige Gemälde, der das Volk in Waffen vertritt, strammstehenderweise und das Kaiserliche präsentiierend, bedarf keiner Renovierung. Er hat sich bis auf den heutigen Tag den nationalen Anstrich bewahrt.

Währenddessen hat sich ein Jungfrauenchor um das Bild versammelt und ein Herr, der einen Missionärsbart trägt und auch sonst zu ihnen gehört, vertritt die nationalen Belange mit gebaltvollen Jahresgaben und hitzerischen Reminiszzenzen. Die Jungfrauen essen beweisene Krollen und Semmel und umschwärmen heimlich das Ideal ihrer leuchtenden Mädchenräume.

Dieser aber wendet sich leuchtend an den Vater: „Das war doch eine große Zeit, die dies Werk zustande gebracht hat... hoffentlich führt unsere Generation es nun wieder zu einem glorreichen Ende.“

„Was sagen Sie? — De reene Pfuscherarbeit! Hier können Sie russifizieren, soville wie Sie wollen, die Farbe hält sich — et schimmelt doch wieder so schiefen runter.“

Darauf der Missionar verstummte und eine Jungfrau sich an ihrer Brusthemmel verschluckte.

„Ewiger Winter im Riesengebirge. Wenn es schon im flachen Lande schneht um die Ausichten des Frühlings befeilt erscheint, will natürlich in den Bergen der Winter überhaupt kein Ende nehmen. Wie aus der Schöberg geschrieen wird, ist es im Riesengebirge überhaupt noch nicht zum Lauen gekommen. Die in der letzten Zeit

niedergegangenen Schneemassen haben alles übertroffen, was bisher in dieser Jahreszeit üblich war. Der Neuschnee ist im Riesengebirge jetzt etwa 30 bis 50 Zentimeter stark gefallen. Auf dem Ramm des Gebirges sind die hohen Telephonstangen und Bogmarkierungen ganz von Schnee eingeebelt. Selbst unterhalb des Rammes ist die Schneehöhe beträchtlich; so beträgt sie bei der Kirche Wang 3 Meter. Unter dieser Decke sind die dortigen Denkmäler natürlich vollkommen verhallt. In den Ortschaften, die höher gelegen sind, umgeben gemauerte Wände von Schnee die einzelnen Häuser. Durchsichtlich wallige Wände von Schnee im Riesengebirge mit zwei Metern ankommen. Ist diese Wetterlage auch für die Sportverhältnisse recht günstig, so steht man doch mit einiger Besorgnis dem Frühling entgegen, der bei plötzlichem Einsetzen durch starkes Lauen die Gefahr von Hochwasser mit sich bringt.

Die zeitungserichtete Stadt der Welt. Als Maßstab für den Stand der geistigen Bildung eines Volkes wird häufig das Pressewesen angesehen und in der Tat kann man aus dem Charakter der Zeitungen, die ein Volk für seine geistige Nahrung braucht, Rückschlüsse auf den Stand und den Trieb seiner Bildung ziehen. Weit gefehlt wäre es aber, wenn man nicht die Art, sondern die Zahl der Zeitungen als Maßstab nehmen würde. Nach einer in der tschechischen Presse aufgestellten Statistik ist Prag die Stadt der meisten Zeitungen. Während beispielsweise in London auf je 150 000 Einwohner eine Tageszeitung kommt, in Berlin und Warschau schon auf je 90 000, in Wien auf je 85 000, in Paris auf je 75 000, in Rom und Budapest auf je 70 000, kommt in Prag schon auf je 33 000 Einwohner eine Tageszeitung. Allerdings ist die tschechoslowakische Regierung besonders eifrig bemüht, ihre Unterthanen mit einer ihr genehmen Besinnung zu versorgen, daher erhöht sich die Zahl der als geschäftliche Unternehmungen gegründeten Zeitungen noch beträchtlich durch die von der Prager Regierung herausgegebenen Blätter, die nicht nur in tschechischer, sondern auch in deutscher Sprache erscheinen.

Ein umfassender Meeresforschungsplan. Von schwedischer Seite ist vor einiger Zeit der Plan zu einer weltumspannenden Expedition ausgegangen, die hydrographische, biologische und meteorologische Untersuchungen im Atlantik, im Indischen Ozean und im Stillen Ozean anstellen soll. Die wissenschaftlichen Vorerarbeiten sind dem Hydrographen Professor Otto Pettersson in Göteborg übertragen worden, der seitdem mit seinen Forschungsreisen in der ganzen Welt im Briefwechsel gestanden hat. Die Expedition, deren Plan überall mit dem größten Interesse aufgenommen worden ist, soll auf einer internationalen Subskription aufbauen werden, die es ermöglichen soll, ein geeignetes Schiff anzuschaffen und den wissenschaftlichen Betrieb zu unterhalten. Beiträge haben vor allem bisher die Vereinigten Staaten, England und Italien in Aussicht gestellt; natürlich wollen sich außerdem die drei skandinavischen Staaten beteiligen. Das dänische Außenministerium beschließt, sich demnach noch an eine Reihe anderer Staaten um Beiträge zu wenden.

Carl Palucca veranfalet am 21. abends 8 Uhr, im Viktoria-Saal in ihrem zweiten Tanzabend. Musikalische Begleitung: Herbert Trantow. Das Programm enthält teilweise neue Tänze.

Die „Himmelfanone“ von Babelsberg.

Ein Wunderwerk der deutschen Optik ist das kürzlich auf der Sternwarte zu Babelsberg aufgestellte Spiegelteleskop, das mit seiner Hauptspiegellöffnung von 1250 Millimeter der größte derartige Apparat Europas ist. Ueber die Entdeckung dieser Fernrohre und des neuen Instrumentes spricht Max Waller in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“. Als Erfinder des Spiegelrohrs bezeichnet man Newton, weil er die Herstellung größerer Linien für unmöglich hielt und sich deshalb dieser Fernrohrkonstruktion zuwandte. Aber schon 50 Jahre früher hatte Zuchius 1616 auf die Möglichkeit hingewiesen, mit Hilfe von Hohlspiegeln vergrößerte Bilder der Himmelskörper zu erhalten, und verschiedene Forscher beschäftigten sich bereits mit dem Schluß parabolisch ausgehöhlter Metallspiegel. Aber erst Gregor, der sich auf kugelförmige Flächen beschränkte, erzielte Erfolge. Sein Spiegel und die seiner Nachfolger leisteten noch nicht viel, doch genügten sie, um den Astronomen Wilhelm Herschel zu erneuen Versuchen anzuregen, die ihn dann berühmt machten. Von 1776 an gingen immer größere Spiegel aus seiner Hand hervor, bis 1789 das „vierzigfüßige“ Riesenteleskop vollendet war, das bei 91 Zentimeter Öffnung und 12 Meter Brennweite damals für ein Weltwunder galt. Das Ungetüm ließ sich aber nicht recht verwenden, denn die damalige Technik war der Bewältigung solcher Dimensionen noch nicht gewachsen. Das zeigte sich auch, als Lord Rosse nach 20jähriger Arbeit 1805 seinen noch mächtigeren „Cavalier“ zur Aufstellung brachte. Dieser Koloss mag bei einem Spiegeldurchmesser von 183 Zentimeter und einer Brennweite von 16,76 Meter 10 400 Kilogramm und war das Ungeheuerste, was je an Fernrohren geschaffen worden ist. Die Verfertigung dieser „Himmelfanone“ fanden in gar keinem Verhältnis zu den angewandeten Kosten und Mühen. Die modernen Spiegelteleskope haben mit diesen alten Ungeheuern nicht mehr viel gemein. An Stelle des Metallspiegels besitzen sie eine parabolisch höhlgeschliffene, vorderseitig versilberte Glasfläche, und bei der Aufstellung ist für die vollkommene Beherrschung des Instrumentes bis in die feinsten Einzelheiten gesorgt. Das neue Babelsberger Teleskop läßt sich spielend drehen, obwohl das Rohr mit seinem doppelten Lichensystem und den Entlastungseinrichtungen 30 000 Kilogramm, mit seiner Fußsäule sogar 51 000 Kilogramm wiegt. Die Elektrizität bewegt das Rohr in jede gewünschte Himmelsrichtung, und ebenso wendet automatisch die im Durchmesser 13 Meter holende Kuppel ihren 3 Meter breiten Spalt nach jedem Punkt des Gesichtsfeldes. Im Spalt ist die Hebebühne angebracht, auf der der Beobachter Platz nimmt. Es sind zwei Verwendungsmöglichkeiten vorgezehen. Bei der ersten wird das vom Hauptspiegel in der Nähe des nördlichen Rohrendes entworfen optische Bild der Gestirne durch einen unter 45 Grad geneigten elliptischen Planspiegel von 400 x 300 Millimeter Durchmesser seitlich herausgelenkt, wobei das Rohr eine Brennweite von 8,4 Meter aufweist. Bei der zweiten Benutzungsart mißt ein Konvergenzspiegel von 340 Millimeter Durchmesser die Strahlen nochmals zurück, die dann nahe dem Hauptspiegel seitlich herausgelenkt werden. In diesem Falle kann der Beobachter am unteren Rohrendes Auffassung nehmen und braucht nicht die Hebebühne zu benutzen.

Die Friedenspolitik der Arbeiterschaft.

Wo steht der Feind?

Zwei wichtige Kundgebungen, die aus London gemeldet werden, kennzeichnen erneut die Richtung, die die englische Arbeiterregierung in ihrer Friedenspolitik verfolgt. Die Mitglieder der Regierung, Unterstaatssekretär im Schatzamt Graham und Oberst Wedgwood, Kanzler des Herzogtums Lancaster, haben in Versammlungen der Unabhängigen Arbeiterpartei zu den wichtigsten europäischen Problemen Stellung genommen. Graham sprach sich entschieden für die Herabsetzung der deutschen Schuld aus.

Eine Verständigung hinsichtlich einer herabgesetzten deutschen Schuldziffer bietet den Vorteil, daß Deutschland definitiv und wirksam in die Lage versetzt werde, seinen Haushalt auszugleichen und sich ferner der Anleihe zu entziehen, die die deutsche Regierung zur Stützung ihrer Währung aufzunehmen beabsichtigt. Man könne sich von einer Einschränkung des Reparationsbetrages die Wiederherstellung normaler Zustände in Deutschland versprechen und eine günstige Rückwirkung auf die allgemeine Finanzlage in Europa erwarten. Die Arbeiterregierung werde hoffentlich Maßnahmen ergreifen, um eine Verständigung in der Reparationsfrage nach den mitgeteilten Gesichtspunkten herbeizuführen. Was Frankreich anbelangt, so brauche man keine Schwierigkeiten zu befürchten, da in Paris die Ansicht vorherrsche, daß übertriebene Hoffnungen auf den von Deutschland zu zahlenden Reparationsbetrag eine internationale Gefahr bedeuten würde.

Unter einem anderen Gesichtspunkt untersuchte Wedgwood die Lage in Deutschland in Verbindung mit dem Reparationsproblem. Er gab wohl der allgemeinen Anschauung der Labour Party und der Regierung Macdonald Ausdruck, als er erklärte, daß ein Sieg der Rechtsparteien bei den deutschen Wahlen eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage hintertreiben und eine neue wahnsinnige Rüstungsära heraufbeschwören werde.

Diese Möglichkeit erfülle die Arbeiterregierung mit lebhafter Sorge, denn es sei offenbar, daß eine Lösung des Reparationsproblems ohne Mitwirkung der deutschen Regierung nicht möglich sei. Die französischen Neuwahlen finden bestmögliche eine Woche nach den deutschen statt. Sie werden eine Antwort auf die deutsche Lage bedeuten. Es sei möglich, daß sich im Verlaufe der nächsten Wochen ein milderer Nationalismus in Deutschland mit all seinen Begleiterscheinungen der Diktatur und Demagogie äußern werde. England müsse mit den anderen Mächten gegen den wahnsinnigen Nationalismus, der jenseits des Rheins aufsteige, Front machen.

Von hohem Interesse ist es nun zu beobachten, wie die hier skizzierten Gedankengänge in den maßgebenden politischen Kreisen Frankreichs behandelt werden. Ein offenbar offiziös beeinflusster Artikel des „Petit Parisien“ anlässlich der englisch-französischen Verhandlungen scheint den Optimismus Grahams hinsichtlich der Verständigungsmöglichkeit mit Frankreich zu rechtfertigen. Es heißt in diesem Artikel u. a.:

Mit dem Aufkommen der Arbeiterregierung wehe jetzt in England ein neuer Wind. Von dem aufrichtigen Wunsch befeuert, eine Friedensatmosphäre in Europa zu schaffen, habe Macdonald in seinen Reden und in seinen Briefen an den französischen Ministerpräsidenten sich bereit erklärt, das Sicherheitsproblem wieder aufzunehmen. Allerdings verstehe er es als allgemeine europäische Frage, die England in Verbindung mit der Beratung über die Abrüstung und das allgemeine Schiedsgerichtsverfahren zu lösen gedenke. Die französische Regierung, die das Sicherheitsproblem unter einem anderen Gesichtspunkt behandelt, habe die Aenderung in der Haltung der englischen Politik nur billigen können. Jetzt sei auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden und eine offene Aussprache also nützlicher denn je.

Man merkt aus diesem Artikel, daß die französische Regierung nur unter dem Druck der äußeren und inneren Verhältnisse sich der Friedenspolitik Macdonalds anpassen sucht. Aber noch eine Hoffnung winkt dem französischen „nationalen Block“ — der Sieg der Rechten in Deutschland! Der frühere Finanzminister Klotz hat das in seiner gestrigen Rede in Amiens offen ausgesprochen. Er polemisierte heftig gegen die Bildung eines Blocks der Linken, insbesondere gegen die Einbeziehung der Sozialdemokratie in diesen Block, denn die deutschen Wahlen würden den Nationalisten eine sichere Mehrheit bringen. Der Hinweis auf die drohende Gefahr eines Sieges der deutschen Reaktion soll noch einmal die Lösung der Reparationsfrage hintertreiben und den Zusammenbruch des nationalen Blocks in Frankreich aufhalten. Hergt und Helfferich, Westarp und Bulle sind jetzt mehr denn je die besten Wahlhelfer Poincarés!

Friedenskundgebung der französischen Gewerkschaften.

Paris, 24. März. (W.B.) Der Nationalrat des Allgemeinen Arbeitsbundes, der im Laufe der letzten Woche eine Tagung abhielt, hat vorgestern seine Beratungen mit der Annahme einer Kundgebung abgeschlossen, in der es u. a. heißt, die von dem französischen Nationalismus durchgeführte Gewaltpolitik habe dantrott gemacht. Sie habe Frankreich nicht die Anerkennung seiner Rechte gebracht, sie habe es im Gegenteil kompromittiert und isoliert. Die Gewerkschaften verlangen demgegenüber eine Friedenspolitik, eine Politik der Zusammenarbeit der Völker, die mehr denn je sich zu einer gemeinsamen Anstrengung vereinigen müßten, um das wirtschaftliche und finanzielle Gleichgewicht wiederherzustellen. Außerdem verlangen die Gewerkschaften die Organisierung des Friedens durch allgemeine Entwaffnung und die Einrichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts, das alle internationalen Streitigkeiten zu schlichten hätte.

Ein Schritt des deutschen Botschafters.

Die Neuwahlen im besetzten Gebiet.

Paris, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Behauptung französischer Blätter, daß die am Sonnabend von dem deutschen Botschafter auf dem Quai d'Orsay unternommene Demarche der Freilassung der von den französischen Okkupationsbehörden als Geiseln verhafteten Deutschen bzw. deren Austausch gegen den Reichsgericht wegen Spionage zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilten französischen Hauptmann gegolten habe, ist, wie wir von zuständigen Seiten erfahren, unzutreffend. Herr v. Hoelz hat mit dem französischen Außenministerium (Wichtig) über die Organisation der Neuwahlen zum Reichstag in den besetzten Gebieten und die damit zusammenhängenden Fragen der Verlamungsfreiheit, der Ausübung der politischen Befugnisse usw. verhandelt. Die Besprechungen darüber sind noch nicht zum Abschluß gelangt.

Kein polnisch-tschechischer Geheimvertrag. Die tschechoslowakische Gesandtschaft erwidert uns mitzuteilen, daß kein Geheimvertrag zwischen Polen und der Tschechoslowakei besteht.

Woran starben sie?

Eine frühere Krankenschwester unter dem Verdacht des vierfachen Mordes.

Die Kriminalgeschichte, die in der letzten Zeit viele grausame Verbrechen zu verzeichnen hatte, die sowohl in psychologischer als auch in sozialer Hinsicht die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich lenkten, ist um einen Fall bereichert worden, das an Taten des finsternen Mittelalters gemahnt.

Unter dem dringenden Verdacht des vierfachen Mordes ist eine 32 Jahre alte Frau Erna Bischof, geborene Warz, verhaftet worden. Sie wird beschuldigt

ihre erste Schwiegermutter, ihren ersten Mann, den Bruder ihres ersten Mannes und ihren zweiten Mann umgebracht

zu haben, um sich in den Besitz der Erbschaften zu setzen. Frau B. war früher Krankenschwester und auf der Rettungswache in der Vorbergstraße zu Schöneberg tätig. Diese Wache wurde eines Tages im Jahre 1919 gebeten, ärztliche Hilfe nach der Altonierstr. 18 zu einem Manne Namens Heinrich Körner zu schicken, der dort mit seiner 72 Jahre alten Mutter wohnte. Weil augenblicklich kein Arzt zur Verfügung stand, ging die Schwester Warz in die Wohnung und verabsolgte Körner zur Linderung seiner Schmerzen eine Morphiumspritze. Diese Besuche wiederholten sich noch öfter. Im Sommer 1919 fuhr dann der fränkische Körner zur Kur nach Salzschlirf. Er hatte sich an die Krankenschwester und ihre Pflege so gewöhnt, daß er sie nachkommen ließ. Nach der Kur kehrten die beiden als Verlobte zurück. Bald darauf fand die Hochzeit statt. Nach nicht langer Zeit starb die alte Frau Körner. Die ehemalige Schwester wird jetzt beschuldigt, ihr

Morphium und andere Narkotika in die Speisen gemischt

und dadurch ihren Tod herbeigeführt zu haben. Nach dem Tode der Mutter nahm Heinrich Körner seinen Bruder Georg, einen Junggesellen, zu sich. Nach etwa zweieinhalb Monaten starb plötzlich auch Heinrich Körner im Alter von 32 Jahren. Seine Witwe gab an, daß er an Arterienverkalkung gelitten habe, und hiernach stellte ein Arzt auch den Totenschein aus. Jetzt behauptet die Frau, Körner sei ein starker Morphiumraucher gewesen. Das trifft jedoch nach den Ermittlungen des Kriminalkommissars Jäger nicht zu. Die Erbschaft fiel, weil ein Testament nicht vorhanden war, dem Bruder des Verstorbenen zu. Sieben Wochen nach dem Tode Heinrichs starb auch Georg Körner, dieser an einer Gasvergiftung. Jetzt fand man ein Testament, das seine Schwägerin, die Witwe Heinrichs, zur

Allein-Erbin

einführte und alle anderen Angehörigen ausschloß. Die Erbin be-

hauptet, Georg Körner habe ihr einen Heiratsantrag gemacht, sei aber von ihr abgewiesen worden. Aus Verger darüber habe er sich mit Gas vergiftet. Sie ging soweit, daß sie eine Nichte Heinrichs Körners und eine Tochter aus dessen erster Ehe vor die Tür stellte. Es kam zu einem langwierigen Zivilprozeß. Inzwischen verheiratete sie sich wieder mit einem Oberingenieur Max Frenzel und zog mit ihm nach der Schwabischen Straße. Aus der Altonierstraße nahm sie dorthin alles mit, was da war. In dieser neuen Wohnung wurde Frenzel eines Tages

mit einem Herzschlag im Bette tot aufgefunden.

Seine Witwe beerbte ihn und erwarb durch die beiden Erbschaften ein ansehnliches Vermögen. Jetzt heiratete sie wieder einen achtbaren Mann, B., bevor die Beschuldigungen gegen sie erhoben wurden. Der Zivilprozeß ging unterdessen durch verschiedene Instanzen, bis das Gericht sich veranlaßt sah, die Akten der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Jetzt wurde die Kriminalpolizei mit der Nachprüfung der Vorgänge beauftragt und die Ermittlungen beauftragt Frau B. so kämer, daß sie unter dem dringenden Verdacht des vierfachen Mordes festgenommen wurde. Ihren zweiten Mann Frenzel soll Frau B. entweder selbst erschossen oder ihn durch Blausäurebäder dahin getrieben haben, sich zu erschlagen. Die Verhaftete bestreitet noch alle Beschuldigungen, hat aber bereits zugegeben, daß sie das angebliche Testament ihres Schwagers gefälscht habe.

Eine vierköpfige Familie durch Gas getötet.

Am Sonntag vormittag gegen 11 Uhr wurden im Hause Rembrandtstraße 3 in Schöneberg der 44 Jahre alte Postbeamte Karl Leopold, seine Ehefrau und seine beiden Kinder durch Gasvergiftung tot aufgefunden. Sämtliche vier Leichen wurden nach der Leichenhalle in der Goltzstraße geschafft. Die polizeilichen Ermittlungen über den Tod der vierköpfigen Familie des Postbeamten Leopold haben ergeben, daß es sich nicht um dreifachen Mord und Selbstmord, sondern um einen Unglücksfall handelt. Frau Leopold hatte gestern ihren Geburtstag und als eine Nachbarin ihr aus diesem Anlaß gratulierte, machte sich Leopold selbst an einem Gasmesser zu schaffen und gab Wasser auf, nachdem er verabschiedene Schrauben gelöst hatte, beteiligte sich dann an dem Gespräch der beiden Frauen und vergaß darüber, die Schrauben wieder anzudrehen. Infolgedessen sind durch starken Gasdruck angefallene Gasmengen entwichen und haben über Nacht sämtliche vier Mitglieder der Familie getötet. — Eine überlässige Korrespondenz mußte sofort zu melden, daß der Beamte sich selbst und seine Familie getötet habe, aus Furcht vor seiner Entlassung, infolge des Beamtenabbaus.

Sport und Radio.

Die Apparatechau, die gestern mittig im Sportpalast eröffnet wurde und die den riesigen Raum bis auf den letzten Nagel füllt, nennt sich eine Sport- und Radioausstellung, wobei der Sport mehr Vorwand ist, um für Radio zu werben. Man ist offenbar zu dieser Verbindung gekommen, weil man befürchtete, daß die Radioindustrie den Raum noch nicht füllen werde. Das Gegenteil ist der Fall. Die Radioindustrie hat einen Teil der sportlichen Aussteller hinaus in den Vorgarten der Halle gedrängt, nicht um Schaden der Boote, Kanus und Jolleinschwärmer, die sich im Lagerplatz viel günstiger präsentieren als in der etwas dunklen Halle. Neben den wassersportlichen Gerätschaften sind die Leichtmotorräder nach sehr zahlreich vertreten, während das übrige Sportgebiet sehr in den Hintergrund tritt. Auf dem Gebiet des Radioempfangs sieht man so ziemlich alles, was die letzten Wochen an Neuentwicklungen gebracht haben. Dieses ist allerdings darunter, das nur als Übergangsercheinung bemerkt werden kann, aber man hat den Eindruck, daß in der neuen Industrie tüchtig gearbeitet wird. Ein bester Konkurrenzkampf scheint sich unter den Konstrukteuren der kleinen und billigen Dreierstromempfangsapparate entwickeln zu wollen. Vom kleinsten Apparat, bequem in der Tasche zu tragen, bis zum großen in edle Holz gezeichneten Röhrenempfänger ist ein weites Feld, das zahlreichen Zusätzlichen Heimrecht gibt. In der Höhe der Halle schwebt ein Gewirr von Antennenstrahlen, und zu den Konzertzeiten der Berliner Rundfunkler schnarrt und singt es geheimnisvoll aus den Hunderten von Lautsprechern, die fast jeder Stand im Betrieb erhält.

Die Ausstellung bleibt bis zum 30. März geöffnet.

Brennendes Phosphor. Die Zweckmäßigkeit der Vorkriegszeit betrifft die Aufbewahrung von Phosphor erwies ein Fall von Selbstentzündung von Phosphor zur Verhütung von Raketen im Drohgeschloß von Hugo Schulz, Müllerstr. 166a. Sonntag nachts drangen aus dem verschlossenen Kellerfenster unter der Drogerie Phosphordämpfe heraus. Da es nicht möglich war, zum Brandherd vorzudringen, wurden von der Feuerwehr die giftigen Dämpfe mittels Saugrohr abgeseugt und frische Luft zugeführt. Daraus gelang es dem Gefährdeten, mit einem Sauerstoffhelm ausgerüstet, zum Brandherd vorzudringen, die eiserne Tür zum Phosphorkeller, einem zugemauerten Raum im Kellerboden, zu öffnen und mit einigen Eimern Wasser den schmelzenden Brand zu löschen. Der größte Teil des Phosphors blieb infolge der vorzudringenden Aufbewahrung unverbrannt und es entstand kein Sachschaden.

Einschlag der 10- und 100-Billionen-Reichsbanknoten. Das Reichsbankdirektorium gibt bekannt, daß die Noten zu 100 Billionen Mark vom 26. Oktober 1923 (1. Ausgabe) und die Noten zu 10 Billionen Mark vom 1. November 1923 (1. und 2. Ausgabe) eingezogen werden. Die Besitzer dieser Geldscheine können sie bis zum 20. April 1924 bei allen Kassen der Reichsbank in Zahlung geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eintauschen. Mit dem 20. April 1924 verlieren die ausgerufenen Noten ihre Eigenschaft als Zahlungsmittel. Vom 20. April ab erfolgt ihre Einlösung nur noch bei der Reichsbankhauptkassette in Berlin bis zum 20. April 1925. Mit diesem Zeitpunkt endet für die Reichsbank die Einlösungspflicht. Die ausgerufenen Noten zu 10 und 100 Billionen Mark sowie die bereits ausgerufenen Noten zu 5 Billionen Mark sind besonders daran kenntlich, daß ihre Rückseiten unbedruckt sind.

Sozialdemokratische Studentenvereinerung. Montag abend 8 Uhr, Redebühne 4, bei Bändler. Genosse Dr. Friedländer: Reine Beobachtungen in Frankreich. Bitte willkommen.

Der Schnellzug Ostende-Basel verunglückt.

Nicht Personen tot, ein verletzt.

Es hat den Anschein, als ob keine Woche vergehen dürfte, ohne daß von schweren Eisenbahnunfällen berichtet wird. Nach den letzten Katastrophen wird jetzt gemeldet, daß der Schnellzug Ostende-Basel mit einem Güterzug zusammengefahren ist. Nicht Personen wurden getötet, ein verletzt. Der Zusammenstoß des Schnellzuges Ostende-Basel mit einem Güterzuge ist im Bahnhof Densdorf erfolgt. Nähere Nachrichten lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Abt. Heide, Sonntag, 7½ Uhr, Versammlung der kommunalen Kommission bei Reichert, Engelstr. 23. Erörtern aller auf kommunalem Gebiet ehrenamtlich tätigen Genossen erforderlich.
- 2. Abt. Schulz, Mitglieder des Reichsbundes der Arbeitervereine am Mittwoch in Oberlichtenfeld. Die Mitglieder werden um 8 Uhr im Dienstort.
- 3. Abt. Hübner, Montag, Dienstag (nicht heute), Funktionärversammlungen, 7½ Uhr, bei Reichert, Heinersdorfer Str. Die Mitgliedervereinerung hat diesmal nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, den 27. März, bei Schulz, Lehndorfer Straße, 100.

Kunst und Leid.

Ein Konzert zum Wohle der Blinden.

In der Verwaltungsbau Friedrichshagen ist die Blindenwohlfahrtskommission in vorbildlicher Rührigkeit bemüht, das Los ihrer Schützlinge zu erleichtern. Am Sonntag veranstaltete sie in der Wandelhalle des Reichstageshauses ein Konzert, dessen Ertrag der Grundfonds für ein besonderes Blindenheim sein wird. Neben dem Staats- und Domchor hatten Pauline Dabert und Heinrich Schlusnus sich in den Dienst des Wohlbewerkes gestellt, so daß erstere Kunst geboten wurde. Der Sinfonie-Orchesterverein der Schützlinge (Gruppe Mitte) beteiligte sich mit einem gut ausgeführten Brannadenkonzert.

Über diese Wohlfahrtsveranstaltung sollte mehr sein als nur eine Bekanntheit zur Befriedigung des Verlangens nach Kunstgenuss oder Unterhaltung. In ihrem Mittelpunkt stand eine Kundgebung zu der die Gäste sich in den Reichstagsgebäude versammelten. Reichstagspräsident Genosse Baebke, der für die Wohlfahrtsveranstaltung das Prätorium übernommen hatte, wies auf ihren Zweck hin. Die Blindenwohlfahrtskommission Friedrichshagen hat für 80 hilfsbedürftige Erbsöhne oder Blindgeborene zu sorgen, um deren Wohlergehen 16 Pfleger und Pflegerinnen sich bemühen, 12 von den Blinden stehen ohne Angehörige da, und ihnen sollte das Blindendheim eine Zukunft werden. Soeben sagte die Mitteilung hinzu, daß der Reichspräsident Ebert bereits einen namhaften Beitrag spendet hat. Dann sprach Reichstagswort Redtsch über die Beziehungen der Kunst zum Leid. Der Kampf gegen das Leid der Blinden galt diese Veranstaltung, zu der die Kunst ihre Gaben beisteuerte. Mit dem Leid ringt auch die Kunst unserer Tage, mit der Schwere des Lebens will künstlerischer Schöpfungsdrang sich ernst auseinandersetzen. Auf eine Kunst, die ihren Blick von dem Dämonen, von Not und Tod abgewandt halte, folgte die Kunst, die von Mitleid mit den Leidenden getragen war. In erster Stelle nannte der Vortragende hier Hauptmann und Rife. Dichter haben, in der Fähigkeit inneren Schauens dem Blinden verstanden, das Leid unserer Tage vorausahnend gesehen.

Wohlfahrtsminister Hirrlinger, der an Stelle des verabschiedeten Reichskanzlers sprach, betonte die Notwendigkeit der Ergänzung öffentlicher Wohlfahrtspflege durch private Liebestätigkeit. Im Namen der Wohlfahrtskommission dankte ihr Vorsteher Otto Reinde. Bei der Veranstaltung war die Stadt Berlin durch Oberbürgermeister Böß und der Verwaltungsbau Friedrichshagen durch Bezirksbürgermeister Genossen Riehl und andere Mitglieder des Bezirksamtes vertreten.

Das Bezirksamt Berlin-Mitte veranstaltete in der Stadthalle, Klosterstraße, ein Volkskonzert, dessen Reinertrag für Wohlfahrtszwecke verwendet wird. Mehr als 500 Personen erlebten einen genussreichen Abend und erfreuten sich an den Darbietungen der Sänger. Der Solist Herr Karl Krüger, sowie der Männergesangsverein erzielten erheblichen starken Beifall, der nicht eher enden wollte, als die besonders hervorragenden Stellen wiederholt wurden. Die alten schönen Volksweisen lassen doch ein anderes Empfinden im menschlichen Innern aufkommen, als die leichte Kunst der Operettensänger. Das alte Volkslied „Ein Jäger aus Kurpfalz“ gab dem Abend einen weihnachtlichen und unvergesslichen Ausklang. Nur allzu rasch ging die Veranstaltung zu Ende.

Werbender Kinderchor.

Der Schwarzmeier'sche Kinderchor gab am Sonntag im Zirkus Busch das erste seiner diesjährigen Konzerte. Siebenhundert Schulkinder sangen, um den Akten zu helfen, die in bitterer Not sind. Ein Teil des Ertrages soll auch für die Jugendpflege verwendet werden, die reichlicher Mittel bedarf. Der rühmlich bekannte Chor hat sich unter Chorleiter Bernhard Klaut, dem jetzigen Leiter, auf seiner früheren Höhe behauptet. Was er bietet, ist eine Leistung echter Kunst, die auch anspruchsvollere Genießer befriedigen kann. Die Schulung des Kinderchors, der an Klanghöhe und Ausdrucksfähigkeit mit manchem tüchtigen Chor erwachsener Sänger zu weitem vermag, ist ein Meisterstück seines Leiters. Rühmlich ist die Deutlichkeit der Aussprache, die höchste Bewunderung verdient.

In ersten und in heiteren Tönen war die Wirkung dieses Kinderchors gleich stark, und mehrfach nötigte stürmischer Beifall den vollen Haufen zu Wiederholungen. Eine beifallsstrebende Zubehörschaft hatte auch der Regisseur Hugo Riebe, besonders mit seinen heiteren Worten. Unter den Zuhörern war Oberbürgermeister Böß. Das Konzert wird an zwei Sonntagen wiederholt, am 30. März (11½ Uhr) und am 7. April (11½ Uhr). Dann macht der Chor in den Osterferien eine Konzertreise nach Wien.

